

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 3/2025

30. Juli 2025



## Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten Landtagssitzungen vor der parlamentarischen Sommerpause haben vergangene Woche stattgefunden. Parlamentarier und Regierungsmitglieder befinden sich derzeit zum großen Teil auf Sommertour durch ihre Wahlkreise und durchs Land. Auch ich werde derart unterwegs sein. Der Auftakt meiner Sommertour wird eine Wanderung von Heidenheim nach Ulm sein – und zwar barfuß. Das hatte ich Martin Ansbacher versprochen, wenn er zum Oberbürgermeister von Ulm gewählt werden würde. Er hat es geschafft! Nun werde ich mein Versprechen einlösen und am 4. August von Heidenheim nach Langenau und am 5. August dann von Langenau weiter bis nach Ulm wandern, wo mich der Oberbürgermeister empfangen wird. Wer mich begleiten oder an den einzelnen Stationen treffen möchte, ist herzlich eingeladen. Nähere Infos gibt es auf meinen Social Media-Kanälen oder im Heidenheimer Wahlkreisbüro.

Die letzten Wochen haben kein gutes Licht auf die Bildungspolitik des Landes geworfen. Zuerst sollten mit Ende des Schuljahres Hunderte junger Lehrerinnen und Lehrer nach ihrem Referendariat auf die Straße gesetzt werden, weil man wegen der Einführung von G9 nun deutlich weniger Lehrkräfte brauche - und das, obwohl noch vor zwei Jahren mit teilweise unsäglichen und teuren Kampagnen für den Lehrerberuf geworben wurde. Da muss man kein Bildungsexperte sein, um stutzig zu werden: Man braucht keine Lehrkräfte? Wie bitte? Seit Jahren fällt massiv Unterricht aus. Lehrerinnen und Lehrer arbeiten am Limit und schieben eine Bugwelle von Überstunden vor sich her. Noch nie haben so viele Lehrkräfte ihren Beruf wegen Überlastung gekündigt oder sind krank geworden. Aber die Landesregierung

braucht die gut und kostspielig ausgebildeten Lehrkräfte nicht? Das kann nicht sein!

Und dass das tatsächlich nicht sein kann, zeigen fast 1500 Lehrerstellen, die den Schulen fehlen, die aufgrund einer IT-Panne schlicht und einfach nicht besetzt sind – und das wahrscheinlich schon seit 20 Jahren. Was die Ursache für diesen Fehler ist und ob dieser nicht viel früher hätte entdeckt werden können, werden die angesetzten Untersuchungen zeigen müssen. Auch ich als früherer Kultusminister war von dieser Nachricht geschockt und frage mich, ob ich das nicht hätte merken müssen. Wie meine Amtsvorgängerinnen und Amtsvorgänger bin auch ich davon ausgegangen, dass die Zahlen, die mir vorgelegt wurden und mit denen die Kultusverwaltung gearbeitet hat, valide waren. Auch waren die Auswirkungen der Fehlplanung in meiner Amtszeit noch nicht annähernd so spürbar wie heute. Als Kultusminister kämpfte ich damals noch gegen die Pläne von Ministerpräsident Kretschmann, wegen angeblichen Schülerzahlenrückgangs über 10.000 Stellen zu streichen. Weder Unterrichtsausfall, Lehrkräftemangel oder immer schlechteres Abschneiden in Bildungsvergleichen waren damals Themen im heutigen Maß. Deswegen gilt es jetzt umso mehr, neben einer gründlichen Aufklärung der Vorgänge, die auch mir am Herzen liegen, nach vorne zu schauen und die unbesetzten Stellen zügig zu besetzen. Das allein wird aber nicht reichen. Perspektivisch müssen wir unsere Lehrkräfte grundsätzlich stärker entlasten, zum Beispiel durch mehr Krankheitsvertretungen, multiprofessionelle Teams, mehr Schulsozialarbeit, mehr Schulpsychologen, Verwaltungsfachkräfte etc. Das fordert die SPD seit Jahren. Für unsere Kinder, aber auch für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes brauchen wir ein Bildungssystem, das mit Weitblick und Kompetenz geführt wird.

Für die nun beginnenden Sommerferien wünsche ich Euch und Euren Familien und Freunden eine gute und hoffentlich von schönem Wetter begleitete Zeit. Und natürlich auch heute wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

## Verteidigung und Resilienz

**In der 128. Sitzung des Landtags am 23. Juli stellte der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung zu Verteidigung und Resilienz die diesbezüglichen Pläne der Landesregierung vor, welche im Anschluss von den Fraktionen diskutiert wurden. (Auszug aus meiner Rede)**

„Mit dem Fall der Mauer und dem Ende der Teilung Deutschlands und Europas schien ein Traum Wirklichkeit zu werden: Eine Welt, in der Abschreckung, riesige Heere und gewaltige Militärausgaben nicht mehr nötig sind. Spätestens mit dem Angriff Russlands auf die Ukraine sind wir in einer Gegenwart aufgewacht, in der sich Unrechtsstaaten über Völkerrecht hinwegsetzen und unsere Idee einer freien, demokratischen und sicheren Welt bedrohen. Deswegen müssen wir uns verteidigen können. Es war Olaf Scholz, der nach dem Angriff die Zeitenwende ausrief und Boris Pistorius, der sich für eine Stärkung der Bundeswehr einsetzte. Die SPD weiß, was das Gebot der Stunde ist und trägt staatspolitische Verantwortung. Diese Zeitenwende erfordert aber auch eine Wende in der Politik, nämlich die, vom Reden ins Tun zu kommen, vom Wollen ins Machen. Gemeinsame Kraftanstrengungen sind nötig, nicht nur Willensbekundungen und schöne Überschriften! Wo sind die Mittel für den angekündigten „Innovationscampus Sicherheit und Verteidigung“? Resilienz kann so banal sein wie die Frage nach ausreichend Sirenen im Land oder der Abwehr von Cyberattacken gegen unsere Infrastruktur. Wo sind die Förderprogramme dafür? Resilienz müssen wir auch gerade auf kommunaler Ebene fördern und die teils horrend veralteten und schutzlosen IT-Strukturen in der Verwaltung auf Vordermann bringen. Das ist die Aufgabe des Landes und dafür braucht es finanzielle Mittel. Es reicht nicht, immer nur auf den Bund zu zeigen und mehr Geld zu fordern. Gar nicht genug betonen kann man hier die immens wichtige Rolle unserer Bundeswehr und der gesamten Blaulichtfamilie. Ihnen gilt unser Dank. Aber Dank allein reicht nicht. Gerade hinsichtlich der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer steht die Forderung der Helfergleichstellung im Raum. Dazu kam bisher kein Wort. Tatsächlich sind die Streitkräfte nicht das Revier des Ministerpräsidenten, aber die Landesregierung kann die Bundeswehr trotzdem fördern, indem z.B. die Bauordnung gelockert wird und so Projekte beschleunigt werden. Zivilschutz, Vorsorge und Notfallreserven sind sehr wohl Aufgaben des Landes. Und hier braucht es konkrete Kraftanstrengungen. Dafür reicht die SPD gerne die Hand. Mit Regierungserklärungen und Willensbekundungen allein kann sich unser Land nicht verteidigen.“

## Unser Baden-Württemberg-Plan

**In der 129. Plenarsitzung am 24. Juli legte die SPD im Rahmen einer Aktuellen Debatte ihren Baden-Württemberg-Plan dar, wie die Bundesmittel strategisch klug verwendet und durch eigene Landesmittel ergänzt werden. (Auszug aus meiner Rede)**

„Vor über vier Monaten hatte ich mich an die anderen Fraktionen und den Ministerpräsidenten gewandt und angeregt, gemeinsam über die gewaltigen Möglichkeiten zu beraten, die die Entscheidungen des Bundestags und Bundesrats hinsichtlich viele Milliarden für nötige Investitionen über mehrere Legislaturperioden hinweg auch für unser Land bringen. Ich wollte, dass wir uns auf die Grundrichtungen einigen, damit unsere Wirtschaft, die Kommunen und Menschen eine höhere Planungssicherheit haben. Die Fraktionen waren offen, aber der MP hielt das für völlig verfrüht. Andere Landesregierungen haben inzwischen einen Plan erstellt, wie sie die Mittel vom Bund verwenden und durch eigene ergänzen, wie Investitionen angepasst und an die Kommunen weitergegeben werden können. Vorreiter werden wir also nicht mehr sein, aber ich werbe dafür, dass unser Land hier nicht schon wieder ein Nachzügler wird. Das hätte übelste Folgen. Zum Beispiel würden Fachleute, Baufirmen und Handwerker dorthin abwandern, wo deutlich früher in Investitionen eingestiegen wird. Worauf wartet die Landesregierung eigentlich? Die SPD hat bereits eine Idee für einen Baden-Württemberg-Plan mit einem Volumen von 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, zwölf Jahre lang. Einen guten Teil der Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes soll an die Kommunen weitergegeben werden. Diese „Kommunalmilliarde“ soll der Tatsache Rechnung tragen, dass mehr als zwei Drittel der Investitionen im Land auf kommunaler Ebene getätigt werden. Und das Land muss – wie andere Länder auch – eigene Mittel zuschießen. Gehen wir von 500 Millionen Euro aus, dann könnte das wie folgt aufgeschlüsselt werden: 150 Millionen Euro für die dringende Förderung bezahlbaren Wohnraums, 100 Millionen Euro für den Ausbau der Energieinfrastruktur, 100 Millionen Euro für die Förderung des Ausbaus von Pflegeplätzen, 85 Millionen Euro für den Bevölkerungsschutz, 50 Millionen für die Sanierung von Landesbrücken und -straßen und 15 Millionen für den Ausbau der Schulsozialarbeit. Wir fordern dringend, jetzt endlich eine Richtung vorzugeben, damit alle im Land planen können. Auf keinen Fall können wir einen Fahrplan auf die Zeit nach der Wahl im März verschieben. Allein der Wettbewerb mit anderen Bundesländern wird uns schrecklich bestrafen, wenn wir diese Entwicklung verbummeln.“

## SPD-Bundesparteitag

Auf dem SPD-Bundesparteitag Ende Juni in Berlin wurden ich und Katja Mast, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesarbeitsministerium, in den Parteivorstand gewählt. Ich freue mich, meine Arbeit im SPD-Parteivorstand weiterführen zu dürfen. Die kommenden Jahre stellen uns vor große Herausforderungen. Dafür braucht es entschlossene Konzepte und neue Impulse. Unser Ziel bleibt klar: Wir wollen sozialen Aufstieg durch gute Arbeit ermöglichen und durch gezielte Investitionen die Zukunft gestalten. Gemeinsam mit Katja Mast werde ich dafür sorgen, dass die Perspektiven und Anliegen aus Baden-Württemberg in der Bundespartei Gehör finden. Besonderes Augenmerk soll auf den wirtschaftlichen Wandel in Baden-Württemberg gelegt werden. Wir müssen dort präsent sein, wo Menschen um ihre Arbeitsplätze bangen. Schulter an Schulter mit Betriebsräten und Gewerkschaften setzen wir uns dafür ein, dass industrielle Strukturen erhalten bleiben. Wir wollen den klimagerechten Umbau der Wirtschaft vorantreiben und mit einer Qualifizierungsoffensive Arbeitsplätze nachhaltig sichern. Katja Mast kündigte an, ihre politische Arbeit im Parteivorstand auf Fragen der Arbeits- und Sozialpolitik zu konzentrieren: „Es ist ein großer Vertrauensbeweis für meine klare Arbeit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Bildungschancen von Kindern. Veränderung beginnt mit uns - dafür werde ich meinen Beitrag im Parteivorstand leisten.“



Foto: SPD Baden-Württemberg

Ich wurde auch ins Präsidium der Bundes-SPD gewählt. Damit bin ich Teil des höchsten Führungsgremiums der Partei. Das Präsidium besteht aus den Parteivorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, dem Generalsekretär, dem Schatzmeister, der EU-Beauftragten des Parteivorstands und drei weiteren gewählten Beisitzerinnen und Beisitzern. Ich freue mich sehr über das Vertrauen des Parteivorstandes und die Wahl ins Präsidium. Das ist nicht nur eine Ehre für mich persönlich, sondern bringt vor allem eine starke Stimme für unser Land in die SPD-Führung.

## SPD-Landesparteitag



Fotos: SPD Baden-Württemberg

Die SPD Baden-Württemberg hat am 5. Juli in Fellbach ihre Landesliste für die Landtagswahl 2026 beschlossen. Mit insgesamt 70 engagierten Kandidierenden, 33 Frauen und 37 Männern, ziehen wir in den Wahlkampf. Damit sorgen wir dafür, dass genau so viele Frauen wie Männer in der künftigen SPD-Landtagsfraktion vertreten sein werden. Wir sind bereit für den Wahlkampf und haben ein starkes Team – eine echte Mannschaft. Die nächsten acht Monate werden kein Spaziergang – weder für unser Land noch für unsere Partei. Unser Ziel ist klar: Wir wollen in die nächste Regierung. Wir reißen uns nicht hinter Grünen und AfD ein. Heute beginnt unsere Aufholjagd! Wir wollen den Menschen zeigen, dass die SPD die Partei ist, die an der Seite derer steht, die jeden Morgen aufstehen, hart arbeiten und den Laden am Laufen halten.



Mit 94,6 Prozent der Stimmen der Delegierten habe ich ein starkes Mandat als Spitzenkandidat erhalten. Ich freue mich über das entgegengebrachte Vertrauen und bin motiviert, anzupacken und deutlich zu machen, weshalb die SPD in der Landesregierung unverzichtbar ist. Wir können regieren. Wir wollen regieren. Und wir werden regieren.

## IM WAHLKREIS

### Antrittsbesuch bei BM Matthias Heisler

Um mich über die aktuelle Lage in Gerstetten zu informieren, stattete ich dem neuen Bürgermeister Matthias Heisler einen Besuch ab. Gemeinsam mit Vertretern der Verwaltung berichtete er über bereits erfolgreich abgeschlossene Projekte in den Sanierungsgebieten Gerstetten I und II sowie Dettingen I und den erfolgreichen Neubau der Rettungswache mit Polizeistation am Eingang der Gemeinde. Derzeit arbeite man die Sanierungsgebiete Gerstetten III und Dettingen II ab. Lob erfuhr hier die Städtebauförderung, weil sie der Kommune viel Freiheit, auch für kurzfristige Entscheidungen, gebe. Leider sei das Programm auf nur zwei Sanierungsgebiete gleichzeitig pro Kommune beschränkt, was für Gerstetten als relativ große Flächengemeinde mit vielen Teilorten bedauerlich sei. Mehr Flexibilität sei hier wünschenswert. Den Neubau des Feuerwehrgerätehauses gehe die Gemeinde an, sobald die hierfür entsprechenden Förderzusagen vom Land vorliegen. Ohne Unterstützung könne die Gemeinde das Acht-Millionen-Euro-Projekt nicht stemmen, erklärte Heisler. Weiterhin ging es um den geplanten Ausbau der Haltestelle Seeplatz und den Umbau und die Sanierung des Dettinger Rathauses, in das im kommenden Jahr eine Arztpraxis ins Erdgeschoss einziehen wird. (Foto)



In den letzten Jahren habe die Gemeinde viel Zeit und Geld für archäologische Grabungen aufbringen müssen. Für Heisler stellt sich hier die Frage der Verhältnismäßigkeit, insbesondere bei der Gardena-Erweiterung in Heuchlingen. Die Verschiebung des Projekts aufgrund der Ausgrabungen könnte zur Folge haben, dass die ursprünglich geplante Erweiterung des Standorts Heuchlingen nicht erfolgt. Davon wären auch die anderen Standorte und letztendlich Arbeitsplätze betroffen. Hier stehe das Land in der Pflicht, Erleichterung für die Kommunen zu schaffen. Die Anliegen werde ich mit nach Stuttgart in die Fraktion und zum Gespräch mit dem Regierungspräsidium nehmen.

### Austausch mit Jobcenterleiter



Der neue Geschäftsführer Markus Ebersbach berichtete über die aktuelle Arbeitsmarktsituation im Kreis und wie es gelinge, Menschen in Arbeit zu bringen. Zügige Integration in den Arbeitsmarkt stehe im Zentrum, waren wir uns einig. Ebersbach betonte, dass es ihm auch wichtig sei, dass Berechtigte schnellstmöglich Bürgergeld bekommen, was angesichts der hohen Arbeitsbelastung im Jobcenter nicht immer möglich sei. Es brauche eine zügige Umsetzung der Digitalisierung und spürbaren Bürokratieabbau sowie eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Jobcenter und längerfristige Förderungen von Arbeitsplätzen für mehr Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Der Arbeitsmarkt in der Region sei noch aufnahmefähig, allerdings nähmen die prekären Arbeitsverhältnisse wieder zu. Die Vermittlung ausländischer Bürgergeldempfänger schätzte Ebersbach derzeit als tendenziell gut ein. „Zuwanderung brauchen wir perspektivisch dringend, um die Aufgaben in unserem Land meistern zu können“, unterstrich Ebersbach. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen und Arbeitserfahrung im Heimatland müsse einfacher werden und auch die Firmen müssten hier mutiger sein und sich öffnen. Ich wies darauf hin, dass ein Bildungssystem, das sich stärker an die Erfordernisse eines Einwanderungslandes anpasst, notwendig sei. Auch ein stärkerer Fokus auf berufliche Weiterbildung sei vonnöten, wenn wir die Transformation unserer Wirtschaft sozialverträglich gestalten und alle Menschen mitnehmen wollen. Allerdings halte ich nichts davon, sich in eine Depression hineinzureden. Vielmehr muss der Staat jetzt mit Investitionen vorangehen, was die Bundesregierung mit ihrem Milliarden-Investitionspaket auch tut.

#### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80

E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)

Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)